



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Denkpause vor übereilter Errichtung eines Landesschulamtes

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass sich bei der Anhörung zum Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz fast alle der befragten Expertinnen und Experten gegen den vorgelegten Gesetzesentwurf und damit gegen die darin vorgesehene Errichtung eines Landesschulamtes ausgesprochen haben. Zentrale Kritikpunkte waren der Zeitdruck mit dem das Gesetz vorangetrieben wird, die mangelnde Einbeziehung der Betroffenen und die Frage, ob ein Landesschulamtsamt tatsächlich geeignet ist, um die Bildungsverwaltung besser zu organisieren.
2. Der Landtag nimmt die geäußerte Kritik sehr ernst und wird die Gesetzesberatungen zunächst aussetzen und den Gesetzesentwurf grundlegend überdenken.
3. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass diese Denkpause genutzt wird, um
 - a. die vom Landesrechnungshof angeregte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen.
 - b. die Einführungskosten eines Landesschulamtes auch bezogen auf die Anpassungskosten für das SAP-System zu beleuchten. In der Landtagsanhörung wurde allein hierfür ein Betrag in Millionenhöhe genannt.
 - c. die langfristigen finanziellen und personellen Auswirkungen eines Landesschulamtes besser abschätzen zu können.
 - d. zu überprüfen, welche Aufgaben von einem Landesschulamtsamt tatsächlich besser erledigt werden können als von den vorhandenen Strukturen.
 - e. von Seiten der Landesregierung ein Gesprächsangebot an die von der Umstrukturierung Betroffenen zu machen, so dass deren Bedürfnisse in einen verbesserten Gesetzesentwurf einfließen können.

Wiesbaden, den 4. September 2012

Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir